

DEUTSCHLAND=UNION=DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRÄNKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77 178 / 77 906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postcheckkonto: Frankfurt M. 39967 · Bankkonto: Heffliche Bank, Frankfurt M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU / CSU Deutschlands

Nr. 8 3. Jhrg. (C)

Frankfurt a. M., 13.1.1949

Seite 1

Die Information des Tages
- - - - -

Sozialpolitik

Die Sozialausschüsse der CDU von Bremen und der zum Land Bremen gehörigen Städte haben sich zu einem Landesausschuss Bremen zusammengeschlossen, als dessen Arbeitsgrundlage die sozialpolitischen Leitsätze der CDU anerkannt wurden. Die Delegierten bejahten die Idee der Einheitsgewerkschaft; sie sprachen sich für eine soziale Marktwirtschaft aus und begrüßten das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz als Beginn einer Reform der gesamten Sozialversicherung.

Wirtschaftspolitik

Die englische Militärregierung hat dem vom Niedersächsischen Landtag Anfang Dezember verabschiedeten Gewerbezulassungsgesetz, das für das Handwerk die Forderung des grossen Befähigungsnachweises enthält, ihre Zustimmung gegeben.

Flüchtlingswesen

Dem Deutschen Neubürgerdienst, Sitz Wiesbaden, wurde nach einer Mitteilung des hessischen Landesamtes für Flüchtlinge die weitere Tätigkeit untersagt, da er seinen Bereich überschritten habe und entgegen den festgesetzten Grenzen auch in Württemberg-Baden tätig war.

Kommunalpolitik

Auf der 28. Arbeitstagung des hessischen Städtetages wandte sich Stadtkämmerer R o o s (CDU) gegen die Absicht des Finanzministers, trotz der ablehnenden Haltung des Landtages die Zuweisungen für den Finanzausgleich zu kürzen. Er kritisierte, dass von 49.000 Staatsbediensteten bisher nur 3.000 abgebaut worden sind, während die Gemeinden sich in dieser Richtung auf das äusserste angestrengt hätten.

Personelles

Die CDU-Fraktion des neuen Berliner Stadtparlamentes wählte wieder Prof. Kurt Landsberg zu ihrem Vorsitzenden. Sein Stellvertreter wurde der Vorsitzende des Berliner Landesverbandes der CDU, Dr. Walther Schreiber.

Das Ende einer Verleumdung

=====

Die öffentliche Beschuldigung, die der Münchener Rechtsanwalt Gaab, unterstützt von einem Teil der Presse, gegen den bayerischen Justizminister Dr. Josef Müller erhoben hatte, indem er ihn der "räuberischen Erpressung" in der Leo Haug-Affaire bezichtigte, ist schnell widerlegt worden. Die Münchener Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren eingestellt, das Dr. Müller gegen sich selbst beantragt hatte, und betont, was schon vor etwa zwei Jahren wiederholt in der gleichen Angelegenheit festgestellt worden war, daß Dr. Müller sich der ihm von seinen Gegenspielern bzw. von deren Handlangern vorgeworfenen "räuberischen Erpressung" nicht schuldig gemacht hat.

Der Zweck, der mit jener vor einigen Wochen begonnenen neuen Diffamierungskampagne gegen Dr. Müller verfolgt wurde, ist nicht ganz durchsichtig. Man darf aber wohl annehmen, daß der Rechtsanwalt Gaab schon 1946 das öffentliche Leben in Bayern aufmerksam beobachtet hat und also recht wohl wußte, wie fragwürdig das Unterfangen war, Beschuldigungen aufzutischen, die längst von der Besatzungsmacht und von der zuständigen höchsten Entnazifizierungsinstanz geprüft und verworfen worden waren.

Die Vermutung, daß - wie verschiedentlich verlautet - der eigentliche Zweck der Kampagne die Beseitigung des Justizministers war, dessen Beamte zur Zeit mit mehreren Korruptionsfällen befaßt sind, ist dabei nicht von der Hand zu weisen. Nach den bisherigen Erfahrungen erscheint es nicht ausgeschlossen, daß von gewisser Seite die gleichen haltlosen Anschuldigungen wieder einmal vorgebracht werden, wenn der damit offenbar verbundene Zweck es opportun erscheinen läßt und ... wenn man wieder jemand findet, der bereit ist, sich noch einmal so zu exponieren wie diesmal Rechtsanwalt Gaab und sein Kollege Gritschneider, der Herausgeber der "Münchener Allgemeinen".

Das Verhalten Dr. Josef Müllers, der daraufhin die Aufhebung seiner Immunität im Landtag beantragte, seine Beurlaubung als Justizminister erbat und eine gerichtliche Untersuchung gegen sich veranlaßte, beweist zur Genüge, daß er sich zur Erforschung der Wahrheit mehr verpflichtet fühlte, als seine agitatorischen Gegner voreilig behauptet hatten. Es ist allerdings auf die Dauer nicht tragbar, daß die in der Verantwortung stehenden Männer durch verantwortungslose Agitation laufend in der Erfüllung ihrer schweren Aufgaben gestört werden.

Wann kommt die Bundesregierung?

=====

Aus Kreisen des Parlamentarischen Rates in Bonn erfährt man zum ersten Male mutmaßliche Termine für die Arbeiten des Rates, die allerdings sehr stark abhängig sind von der Stellungnahme der Militärgouverneure bzw. ihrer Regierungen. Durch die beabsichtigte Hinzuziehung der Ministerpräsidenten zu den Beratungen der dritten Lesung hofft man, die Arbeiten so vorantreiben zu können, daß das Grundgesetz vermutlich noch im Laufe dieses Monats verabschiedet und Anfang Februar durch die Ministerpräsidenten den Militärgouverneuren vorgelegt werden kann. Wenn, was durchaus möglich ist, die Bonner Beschlüsse nicht restlos mit den Dokumenten übereinstimmen, werden die Gouverneure das Grundgesetz ihren Regierungen zur Stellungnahme zuleiten müssen. Dann erfolgt die Beschlußfassung über das Gesetz entweder durch die Landtage oder durch eine Volksabstimmung. Für diese verschiedenen Manipulationen werden voraussichtlich etwa 10-12 Wochen